

## **GV Insieme**

**Seit Jahren überlagert die Spardiskussion alle anderen Themen im Kanton Aargau. Es ist kaum noch Platz für neue Ideen, die den Aargau voranbringen könnten. Denn bereits liegen sie wieder vor, die regierungsrätlichen „Sanierungsmassnahmen“ für das kommende Jahr. Nach dem seit Jahren ein Sparpaket nach dem anderen geschnürt wurde, heisst auch jetzt wieder ihre Devise sparen, sparen, sparen und dies auch auf dem Buckel derer, die schon lange nicht mehr selber sparen können. Vor zwei Jahren hiessen diese Sparrunden „Entlastungsmassnahmen“, wie wenn man den Kanton von Lasten befreien müsste, letzte Jahr dann „Sparmassnahmen“ welche teilweise an der Urne verworfen wurde und jetzt heissen sie „Sanierungsmassnahmen“ wie wenn der Staat am verlottern wäre. Vollmundig wurde uns bei den letzten Steuersenkungen versprochen, unser Staat könne sich diese ohne künftige negativen Auswirkungen leisten. Die 5 prozentigen Steuersenkungen von 2008 wirken nun aber nach. Und wie! Mitverantwortlich sind unter anderem die massiven Mindereinnahmen bei den Firmensteuern, die Frankenaufwertung oder auch der Mehraufwand bei der Spitalfinanzierung. Aber auch die folgen neuer Gesetze, Verordnungen und Auflagen, vorab aus Bundesbern, welche finanzielle und personelle Auswirkungen bei der Umsetzung mit sich bringen, drücken auf das kantonale Budget. Gerade letzteres hat seinen Ursprung genau in diesen politischen Kreisen, die uns nun erneut bitten, diese Suppe auszulöffeln. Die politischen Mehrheiten in Bund und Kanton sind nicht nur klar sondern überdeutlich. Die Handschrift zeigt denn auch deutlich, wie sich diese präsentiert. Steuersenkungen für Firmen und Reiche und als Ausgleich Sparmassnahmen für den Rest der Bevölkerung. Dass vorgeschlagene Steuererhöhungen von lediglich 1% im Grossen Rat keine Chance haben, zeigte sich in der Budgetdebatte letztes Jahr deutlich. Dabei machen diese 1 % gerade mal 17 Millionen aus was jedem von uns rund 21Fr. pro Kopf kosten würde. Es soll also weiter eingespart und Leistungen abgebaut werden. Unter den letztjährigen Sparmassnahmen waren auch solche, bei denen wir uns in der Schweiz der Lächerlichkeit ausgesetzt hätten. So hätte zum Beispiel auf den Blumenstrauss für 100-Jährige künftig verzichtet werden sollen. Spareffekt 3`000.- Was hingegen bei jedem Sparpaket schmerzhafter und unverständlicher wird, ist der „Spareingriff“ in die Bildung. Dieses**

**Jahr sollen es zusätzliche 10 Millionen und bis 2020 gar 24 Millionen sein. Die einzige wirkliche Ressource unseres Landes wird geschröpft und an unseren Nachkommen gespart. Und was auch immer unerträglicher wird, ist das Sparen zu Lasten der Schwächsten und ohnehin schon Benachteiligten. So ist in der nun abgeschlossenen Vernehmlassung, angedacht, in der Massnahme S18-545-3 die persönlichen Auslagen bei Personen in einer stationären Einrichtung für erwachsene Menschen mit Behinderung von den heute schon mageren 27% oder 435.-pro Monat des allgemeinen Lebensbedarf auf neu noch 21% also 337.60 pro Monat zu reduzieren. Dies führt zu einem Abbau von 97.40 Fr. pro Monat. Der Kanton spart so auf Kosten unserer Schwächsten im Jahr 2018, 0,8Mio und in den Folgejahren je 1,9Mio. Bisher haben sich die Parteien gegen diese Kürzung gewehrt. Es bleibt abzuwarten, was der Regierungsrat nun nach der Vernehmlassung in seiner abschliessenden Beurteilung unternimmt. Sollte diese Forderung tatsächlich trotzdem vor den Grossen Rat kommen, werde ich mich aber persönlich dagegen wehren. Aber allein schon der Vorschlag zu einer solchen Massnahme schreit nach Empörung. Nun wir haben diesen Regierungsrat und diesen Grossen Rat vor nicht allzu langer Zeit selber gewählt. Auch beim Personal, in der Pflege, der Betreuung usw. wird gespart und auf Lohnerhöhungen verzichtet. Wir bezahlen heute jenen die unser Geld verwalten mehr als jenen denen wir unsere Kinder anvertrauen. Das ist doch absurd. Soeben wurde auch bekannt, dass wir für das vergangene Jahr ein Defizit von 105 Mio Franken haben. Dies trotz Gelder aus der Ausgleichskasse und der Nationalbank. Ansonsten wären es 220 Mio gewesen. Und all dies trotz Sparen und Einschränkungen. Aber eben ohne nennenswerte Einnahmen oder Steuererhöhungen. - Denn Vieles davon wird nun wieder lediglich verschoben auf andere Ebenen, wie die Gemeinden oder bleibt an uns und dem Mittelstand hängen. Ich mag es schon nicht mehr hören, wenn uns immer wieder erzählt wird, dass wir ein reines Ausgabenproblem hätten. Wir alle haben einen Lebensstandard den wir gerne so halten würden. Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Betreuung etc. haben dabei nun mal ihren Preis. Denn, wer möchte sich abends schon ängstigen, wer im Spital nur die minimalsten Leistungen beanspruchen und wer möchte nicht die beste Ausbildung für seine Kinder? Natürlich muss sparsam mit**

allen finanziellen und ökologischen Mitteln umgegangen werden. Es darf und kann jedoch nicht angehen, dass wir einen Leistungsabbau in solchem Ausmass hinnehmen und dies immer auf Kosten derer die sonst schon nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Wenn das letzte Loch im (Spar-) Gürtel erreicht und die Zitrone ausgepresst ist, bedarf es einer Korrektur auch auf der Einnahmenseite. Natürlich ist es populärer, keine Steuererhöhungen oder zusätzliche Einnahmequellen zu verlangen. Meine Meinung ist jedoch, dass wir in guten Zeiten Steuern senken können und in schlechten Zeiten diese auch moderat erhöhen müssen. Das Risiko, die Zukunft meiner Kinder und Enkel negativ zu beeinflussen will und kann ich nicht eingehen. Bleibt zu hoffen, dass der Grosse Rat bei der kommenden Spardebatte den Ausgleich zwischen Geben und Nehmen findet. Wir, auch vom Verein Insieme müssen wachsam bleiben.

*Roland Agustoni, GLP-Grossrat, Rheinfelden*